

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Gewalt gegen Polizeibeamte konsequent entgegnetreten**

Die Bremische Bürgerschaft hat sich in der Vergangenheit wiederholt mit dem Thema „Gewalt gegen Polizeibeamte“ befasst. Zuletzt hat die Bürgerschaft am 29. April 2009 über das Thema debattiert und den Innensenator aufgefordert, eine differenzierte statistische Erfassung von Straftaten gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten zu gewährleisten und sich, in seiner damaligen Funktion als Vorsitzender der Innenministerkonferenz, für eine umfassende Untersuchung der Entwicklung von Gewalttaten gegen Polizeibeamtinnen und -beamte einzusetzen.

Die differenzierte statistische Erfassung erfolgt ab Beginn dieses Jahres und ist ab 2011 verwertbar. Die geforderte Untersuchung wird durch die Studie des Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen realisiert und ist in Bremen erfolgreich angelaufen. Mit ersten Ergebnissen dieser Studie wird ab April dieses Jahres gerechnet, der Abschlussbericht wird im Jahr 2011 vorliegen. Auf dieser Grundlage soll dann über die Notwendigkeit einer Novellierung der einschlägigen strafrechtlichen Vorschriften beraten werden.

Angriffe gegen Polizeibeamte können von der Gesellschaft nicht hingenommen werden und werden deshalb im Land Bremen von den Strafverfolgungsbehörden konsequent geahndet. Die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten verdienen für Ihre Arbeit Respekt und Anerkennung und können zu Recht einen umfassenden Schutz verlangen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) verurteilt jegliche gewalttätigen Übergriffe gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Sie geht davon aus, dass solche Übergriffe von der Staatsanwaltschaft konsequent verfolgt werden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, weiterhin darauf hinzuwirken, dass Polizeibeamtinnen und -beamte vor Gewalt und Verletzungen, sowohl durch einsatztaktische Konzepte als auch durch weitere Verbesserungen der persönlichen Ausstattung sowie durch Fortbildung, geschützt werden.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat, auch künftig sicherzustellen, dass von Gewalt betroffene Beamtinnen und Beamte in angemessenem Umfang Fürsorgeleistungen empfangen. Weiterhin ist zu prüfen, inwieweit es einer Modernisierung des dienstlichen Rechtsschutzes bedarf, um Polizeibeamtinnen und -beamten eine effektive Wahrnehmung ihrer Rechte zu ermöglichen, soweit sie im Rahmen ihrer dienstlichen Tätigkeit Schäden erlitten haben.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) unterstützt das Vorgehen des Senats, gemeinsam mit dem Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen und der Polizei Bremen zu untersuchen, wie sich die Gewalt gegenüber Polizeibeamten während der Dienstausbildung quantitativ und qualitativ entwickelt hat.
5. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, ihr über die Ergebnisse der Studie und die daraus im Rahmen der Innenministerkonferenz diskutierten Schlussfolgerungen Bericht zu erstatten.

Thomas Ehmke, Birgit Busch,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Björn Fecker,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen